Diskussion

Was war die Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre? Ausdruck ubiquitärer gesellschaftlicher Bedrohungsängste oder ein Geschöpf Moskaus, das diese Ängste gezielt schürte und instrumentalisierte, um die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu verhindern? Gerhard Wettig, der diese Debatte eröffnet (VfZ April 2009) und in Holger Nehring und Benjamin Ziemann (VfZ Januar 2011) entschiedene Kritiker gefunden hat, bezieht hier erneut Stellung – mit einem Plädoyer für seine These, dass die Friedensbewegung von Kommunisten unterwandert gewesen sei und – nolens volens – den Interessen der Sowjetunion gedient habe.

Gerhard Wettig

Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre

Holger Nehring und Benjamin Ziemann haben Kritik an meinen Aufsatz über die sowjetische Politik im Euroraketenkonflikt[1] geübt, dabei die Quellen unbeachtet gelassen und sich auch nicht auf das eigentliche Thema, die politische Strategie und Taktik der UdSSR, bezogen, denn ihr Interesse gilt der Friedensbewegung im Westen, die als völlig autonome soziale Bewegung erscheinen soll. Damit wird das Verhältnis zwischen den Demonstranten und der UdSSR angesprochen, aber die dabei wichtigen sowjetischen Absichten und Einflussnahmen werden nicht erörtert[2]. Um den Vorwurf einer falschen Bewertung der Friedensbewegung zu stützen, werden mir extreme, leicht angreifbare Ansichten zugeschrieben, die ich nie vertreten habe: Die Friedensbewegung sei vom Kreml „ferngesteuert" worden (S. 87), habe von dort ihre „friedenspolitischen Ziele" empfangen (S. 86), ihre Haltung sei das „Resultat" einer „konzertierten ‚Kampagne'" gewesen, alle Anweisungen aus Moskau habe man willig ausgeführt (S. 81 f.).

Der grundlegende Einwand lautet, meiner Darstellung liege „ein historiographisches Narrativ der Blockkonfrontation zugrunde, das den zeitgenössischen Interpretationen aus der letzten Dekade des Kalten Kriegs verhaftet bleibt und von der Forschung längst durch komplexere Deutungen überholt worden ist" (S. 83). Wieso der Ost-West-Konflikt keine Rolle gespielt haben soll, bleibt unerfindlich. Unter Hinweis auf ein Paper von mir aus dem Jahr 1983 heißt es einfach, es hätte ein anderer Blickwinkel als die Existenz zweier Lager gewählt werden müssen. Dass die Machthaber damals davon ausgingen, lässt diese Sicht überholt erscheinen, es erübrigt sich demnach auch die Auseinandersetzung mit allem, was auf

[1] Vgl. Gerhard Wettig, Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983, in: VfZ 57 (2009), S. 217–259.

[2] Vgl. Holger Nehring/Benjamin Ziemann, Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: VfZ 59 (2011), S. 81–100. Die im Text genannten Seitenzahlen beziehen sich auf diesen Aufsatz.

VfZ 1/2012 © Oldenbourg 2012 DOI 10.1524/vfzg.2012.0006
Jahrgang 60 (2012), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ihr beruht[3]. Hans-Ulrich Wehlers auf die neu erschlossenen Quellen gegründete Auffassung, das Ringen um den NATO-Doppelbeschluss sei die letzte Schlacht des Kalten Krieges gewesen, was man in der Friedensbewegung verkannt habe, gilt daher als blinde Übernahme einer „wirkmächtigen" Deutung (S. 82 f).

Das in meinem Aufsatz als Teilaspekt der sowjetischen Politik thematisierte Verhältnis der UdSSR zur Friedensbewegung lässt sich nicht dadurch klären, dass man auf soziologische Fakten verweist, denn es handelt sich um eine Beziehung, die gewollt oder ungewollt im Rahmen des Ost-West-Gegensatzes stand. Die staatlichen Akteure, in deren Hand die internationalen Beziehungen lagen, waren in ihrem Denken und Handeln davon bestimmt. Ihre Wahrnehmung der Machtverhältnisse, Einschätzungen und Schlüsse waren politische Realität und können daher nicht einfach abgetan werden. Sie sind ernst zu nehmen, wenn man das Vorgehen der Regierungen und gesellschaftlichen Kräfte betrachtet. Nicht nur im Westen, sondern auch auf sowjetischer Seite standen die Ansichten der staatlichen Akteure in Spannung zu den Vorstellungen der Friedensbewegung. Für das Verhältnis der Raketengegner zur UdSSR hatte das zentrale Bedeutung. Der Kreml gab sich den falschen Anschein, als ob seine Haltung mit den Zielen der „Friedenskämpfer" (wie man die Rüstungsgegner in Moskau nannte) übereinstimme, und instrumentalisierte ihre Ablehnung jeglicher Rüstung im Kampf gegen die westliche Gegenrüstung, um die SS 20 zur dominierenden Waffe zu machen.

Die Kernfrage der Interaktion im Euroraketenkonflikt war die politische Wirkung. In der NATO hatte man die begründete Sorge, ihre Fähigkeit zur Verteidigung würde illusorisch werden, wenn die UdSSR alle vorgesehenen SS-20-Raketen stationiert habe. Wie heute auch östlichen Quellen zu entnehmen ist, konnten diese sogar noch von Westsibirien aus ganz Europa erreichen und dort aufgrund ihrer Zahl und Treffgenauigkeit alle militärischen Punktziele augenblicklich zerstören[4]. Diese Waffe richtete sich nur gegen das europäische NATO-Territorium, sparte also Nordamerika aus. Die westliche Seite befürchtete eine „Abkopplung" Westeuropas von den USA: Westeuropa hatte bei einem Szenario, in dem nur die SS 20 zum Einsatz kam, mit seiner sofortigen Vernichtung zu rechnen, ohne dass die USA rechtzeitig eingreifen konnten. Da diese nicht bedroht waren, sprach al-

[3] Seit den neunziger Jahren sind vor allem die Akten der SED-Führung, des Staatssicherheitsdienstes der DDR, der Nationale Volksarmee und des von KP-Kadern geleiteten „Komitees für Abrüstung und Zusammenarbeit" sowie wichtige sowjetische Quellen zugänglich und ausgewertet worden.

[4] Information über die während des Manövers „Sapad-81" vorgeführten Komplexe der strategischen Angriffskräfte der UdSSR. Geheime Kommandosache (persönlich), in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, VA-01/32241, Bl. 209–212. Zu den überlegenen qualitativen und quantitativen Merkmalen der SS-20 vgl. Harald Nielsen, Das Kräfteverhältnis bei den Nuklearwaffen, in: Erhard Forndran/Gert Krell (Hrsg.), Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten, Baden-Baden 1984, S. 247–264; Tim Geiger, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 95–122, hier S. 96 f.

Jahrgang 60 (2012), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

les dafür, dass sie sich heraushielten. Damit war die politische Basis der NATO, das Engagement der Amerikaner für die Sicherheit der Verbündeten jenseits des Atlantiks, hinfällig. Dem Kreml wurde dabei nicht die Absicht zugeschrieben, einen solchen Krieg tatsächlich führen zu wollen. Die UdSSR könnte aber, wenn sie die Fähigkeit dazu besitze, stillschweigend Druck ausüben und sich den gesamten Kontinent gefügig machen. Das war, so die westliche Schlussfolgerung, nur zu verhindern, wenn man der Sowjetunion durch wirksame Gegenrüstung zeigte, dass sie die SS 20 nicht ungestraft einsetzen konnte.

Ob die westliche Sorge berechtigt war, lässt sich wegen des Fehlens sowjetischer Quellen nicht mit Gewissheit sagen. Sie entsprach nicht nur der Logik des Kalten Krieges, sondern erschien auch dadurch begründet, dass einseitige Wehrlosigkeit Gefahr bedeutet, sofern der Einsatz von Gewalt nicht restlos ausgeschlossen ist. Zwar bescheinigte sich die UdSSR absolute Friedensliebe, zugleich erklärte sie aber den Westen zum Systemfeind, dessen Niederlage man gemäß „historischer Gesetzmäßigkeit“ anstreben müsse, und verzichtete in der Doktrin der „friedlichen Koexistenz“ nur insoweit auf militärische Gewalt, als dies zu einem – auch die sowjetische Existenz bedrohenden – Krieg zwischen beiden Seiten führen würde. Den westlichen „Imperialisten“ wurde eine dem kapitalistischen System innewohnende aggressive Tendenz zugeschrieben, welche die sozialistische Führungsmacht zum Aufbau einer sie „zügelnden“ Militärmacht zwinge, welche die Fähigkeit haben müsse, im Kriegsfall augenblicklich zum erfolgreichen, in die Tiefe des feindlichen Territoriums vorstoßenden Angriff überzugehen. Vor diesem Hintergrund suchte die NATO die politischen Pressionen, die aufgrund der SS 20 künftig erwartet wurden, durch eine abschreckende „Nachrüstung“ unmöglich zu machen.

Nicht Gesinnung, sondern Handeln bestimmte die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss. Daher war es relativ unwichtig, ob sich die Demonstranten aus innerer Überzeugung zur UdSSR und ihren Zielen bekannten oder nicht. Das war zweifellos meist nicht der Fall. Wenn etwa Petra Kelly und Gert Bastian meinten, man solle sich nicht nur gegen die Raketen auf westlicher Seite wenden, änderte das nichts mehr an der prosowjetischen Ausrichtung der Protestbewegung. Als Beteiligte an der Erstunterzeichnung des Krefelder Appells hatten sie eine entscheidende Voraussetzung für die Mobilisierung der Massen geschaffen, indem sie den Eindruck zerstreuten, es handele sich um eine Initiative von Parteigängern des Kremls[5], sie hatten aber danach keinen Einfluss auf die Ausrichtung der Protestbewegung mehr. Die kommunistischen Kader bestimmten den weiteren Verlauf des Geschehens. Aufgrund der Vielzahl der von ihnen gesteuerten Organisationen hatten sie die Mehrheit in den paritätisch besetzen Aktionskomitees. Zudem verfügten sie allein über die finanziellen und menschlichen Ressourcen, die für Großaktionen nötig waren. Mit dem Argument des „Minimalkonsenses“ rechtfertigten sie, dass man sich nur gegen die NATO-Raketen

[5] Zum „dammbruchartigen Mobilisierungserfolg“ des Krefelder Appells siehe u. a. Helge Heidemeyer, NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg, S. 227–267, hier S. 248 f.

wenden könne[6]. Folgenlos blieb auch Kellys und Bastians Engagement für die Friedensbewegung in der DDR, denn die Stasi verhinderte Kommunikation und Unterstützung. Dadurch, dass sie sich trotz des Scheiterns ihrer Bemühungen um ausgewogene Orientierung weiter an der Bewegung beteiligten, erhielt der gegen das westliche Bündnis gerichtete Protest den Anschein einer politisch unabhängigen Initiative. Die Friedensbewegung war zwar keineswegs eine Kreatur Moskaus, aber gerade der Umstand, dass sie aus sehr unterschiedlichen, zu allermeist in Distanz zur UdSSR stehenden Personen und Gruppen bestand, ließ sie, wie vom Kreml gewünscht, glaubwürdig erscheinen.

Die Diskrepanz zwischen innerem Wollen und praktischer Wirksamkeit resultierte aus der moralischen Überzeugung der Beteiligten, dass nur das eigene Tun zähle. Demnach hing der Friede davon ab, dass man selbst unter allen Umständen die Waffenarsenale abbaute. Frieden könne man nicht durch Rüsten, sondern nur durch Verzicht darauf erreichen, selbst wenn dieser – wie man meinte: zunächst – einseitig erfolge. Suche man ein Gleichgewicht durch eigene militärische Anstrengungen zu erreichen, werde die andere Seite dadurch nicht vom Gewaltgebrauch abgeschreckt, sondern zur Gegenrüstung veranlasst, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen müsse. Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges nehme in dem Maße zu, wie gerüstet werde. Nur durch Abrüstung lasse sich der Teufelskreis der wechselseitigen Bedrohung durchbrechen. Die Ost-West-Konfrontation beruhte demnach nicht auf dem Konflikt zwischen dem sowjetischen Imperium und den westlichen Demokratien, sondern auf der Dynamik des Rüstungsprozesses, der die Menschheit mit der Nuklearkatastrophe bedrohe. Um des Friedens willen müsse man das Wettrüsten einstellen. Daran dürfe man sich durch nichts hindern lassen.

Im Kreml war man dieser Auffassung genauso wenig wie in den westlichen Hauptstädten, doch gab man sich den Anschein, es zu sein. Die Umstände erleichterten die Verstellung. Als die NATO den Doppelbeschluss fasste, hatte die UdSSR den Aufbau der SS 20 längst in Gang gesetzt und brauchte keine Aufrüstung mehr zu beschließen. Nur der Westen war dazu genötigt, um für den Fall, dass sich der angebotene wechselseitige Raketenverzicht nicht erreichen lasse, nicht ohne Abschreckungsmacht dazustehen. Vor diesem Hintergrund forderte der Kreml, beide Seiten sollten auf neue Rüstung verzichten. Der NATO-Beschluss müsse zurückgenommen werden. Währenddessen ging die Aufstellung der SS 20 unvermindert weiter. Sie bedurfte keines neuen Beschlusses und war daher Bestandteil des Status quo. Als routinemäßige Modernisierung verändere sie das „bestehende Gleichgewicht“ nicht. Ja, die UdSSR rüste sogar ab, denn sie verringere die Zahl der Raketen. In Wirklichkeit ging es um die Ersetzung unbrauchbarer Altsysteme durch eine den NATO-Streitkräften total überlegene Waffe, die durch jeweils drei unabhängig ins Ziel zu bringende und Nachladekapazitäten auch quantitativ

[6] Demnach musste man sich um der Einheit der Friedensbewegung und der Möglichkeit des Handelns willen auf die für alle akzeptablen Aktionen beschränken. Da alle gegen die westlichen, nicht aber sowjetischen Raketen waren, kamen Proteste nur gegen diese in Betracht.

Jahrgang 60 (2012), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

weit stärker war, als die Zahl der Abschussgeräte erkennen ließ[7]. Vor diesem Hintergrund erklärte der Kreml, die Sowjetunion betreibe Abrüstungspolitik, während die NATO das Gegenteil tue. Das westliche Argument, den Europäern drohe die Abkopplung von der Abschreckung, wurde von östlicher Seite ebenfalls umgedreht: Demnach war das Bemühen nicht der UdSSR, sondern der USA darauf gerichtet, Westeuropa zu isolieren. Die USA wollten den alten Kontinent in einen Nuklearkrieg ohne amerikanische Beteiligung treiben und nach wechselseitiger Vernichtung Westeuropas und der Sowjetunion die Weltherrschaft antreten. Das lasse sich nur verhindern, wenn man der NATO das Handwerk lege[8].

Die Kampagne „Kampf dem Atomtod" 1958 hatte gezeigt, dass die Kernwaffenangst besonders gute Voraussetzungen für die Agitation gegen die NATO bot – namentlich im entscheidenden Frontstaat Bundesrepublik. Die Nuklearisierung der Militärstrategie erfolgte in beiden Lagern, doch nur in einer offenen Gesellschaft waren Proteste möglich. Die westliche Seite wollte den Gegner durch die Demonstration ihrer Fähigkeit zur Verteidigung unter allen Umständen vom Gebrauch militärischer Gewalt abschrecken. Die östliche Propaganda konterte, indem sie den Krieg als die logische Folge daraus hinstellte und prognostizierte, dann drohe dem dicht besiedelten, engräumigen Westdeutschland die Vernichtung. Nur ein Kernwaffenverzicht könne Westdeutschland vor dieser Perspektive bewahren und das Überleben sichern. Das lief faktisch auf Wehrlosigkeit gegenüber der UdSSR und auf ein Ausscheren aus der NATO hinaus[9]. Dieser antinukleare Appell, dem in den sechziger Jahren die Ostermärsche öffentliche Aufmerksamkeit verschafften, blieb lange ohne direkten Erfolg, dürfte aber zum Entstehen einer Alternativkultur beigetragen haben, in deren Bewusstsein die Gefahren der Kerntechnik eine zentrale Rolle spielten. Diese mentale Disposition machte das Bekenntnis zur Angst geradezu zum Markenzeichen des Widerstands gegen die NATO-Raketen[10].

Der Kreml sah sich 1978 durch den Verzicht von Präsident Jimmy Carter auf die Neutronenwaffe in der Überzeugung gestärkt, dass die antinukleare Agitation im Westen durchaus Aussichten auf Erfolg hatte[11]. Als führende Kreise der NATO im Jahr danach Schritte gegen die SS-20-Rüstung erörterten, betonte der für Westkampagnen zuständige ZK-Sekretär der KPdSU die „Notwendigkeit des ständigen Kampfes um den Frieden". Dieser müsse „sowohl in der Öffentlichkeit

[7] Nähere Angaben in: Wettig, Sowjetunion, S. 217.

[8] Vgl. Gerhard Wettig, Die Instrumentalisierung von Bedrohungsvorstellungen und Streitkräftedaten im INF-Bereich, in: Forndran/Krell (Hrsg.), Kernwaffen, S. 339–414.

[9] Vgl. Gerhard Wettig, Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958, München 2011, S. 97–115.

[10] Vgl. Friedhelm Boll/Jan Hansen, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg, S. 203–228, hier S. 214 f.; Heidemeyer, NATO-Doppelbeschluss, in: Ebenda, S. 247 f.

[11] Vgl. Gerhard Wettig, Entspannung, Sicherheit und Ideologie in der sowjetischen Politik 1969 bis 1979, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 68 (2009), S. 75–116, hier S. 97–99; Michael Ploetz/Heinz-Peter Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UDSSR im Kampf gegen den Nato-Doppelbeschluss, Münster 2004, S. 89–91.

als auch auf zwischenstaatlicher Ebene geführt werden"; in ihn seien „[a]lle potentiellen Kräfte gegen das Wettrüsten, für die Entspannung", einzubeziehen. Es gelte, vor allem „die kommunistischen Parteien in Westeuropa [zu] gewinnen, um den Kampf gegen das Wettrüsten zu aktivieren". Dadurch sollten „immer mehr Staaten [...] auf eine Anti-NATO-Position gebracht werden"[12]. Nach dem NATO-Doppelbeschluss suchte der Kreml auf vielerlei Wegen Protestbewegungen in Westeuropa in Gang zu bringen[13]. Am 15. April 1980 beschloss Breshnews ZK-Sekretariat „ausführende Maßnahmen zur Aktivierung von Stellungnahmen der Öffentlichkeit gegen den Beschluss der NATO". Die gesellschaftlichen Organisationen der UdSSR sollten dazu „in vollem Umfang" ihre Verbindungen und Kontakte zu den Ländern Westeuropas nutzen. Die Weisung ging auch „den sowjetischen Vertretern in den internationalen demokratischen Organisationen" zu[14]. Diesen wurde die Aufgabe gestellt, alle kommunistischen Einflussnahmen auf die Friedensbewegung zu koordinieren[15].

Der mit der Leitung der Aktionen beauftragte Kader in Westdeutschland, Josef Weber, und die anderen Funktionäre des DKP-Umfelds kannten die Friedensszene seit langem und agierten geschlossen, während die übrigen Gruppen weithin unerfahren und in den meisten Fällen uneinig waren. Bei den Grünen kam hinzu, dass diese nicht nur schwach organisiert waren, sondern auch einen starken prosowjetischen Flügel hatten. Stasi-Agenten in wichtigen Positionen beeinflussten die Entscheidungen und versorgten die östliche Seite mit wichtigen Informationen über interne Abläufe[16]. Diese Überlegenheit erklärt – zusammen mit der geschürten Angst vor den NATO-Raketen als mutmaßlichen „Magneten" einer nuklearen Vergeltung der UdSSR – das widersinnig erscheinende Faktum, dass die westdeutsche Friedensbewegung, in der die Parteigänger des Kremls nur eine recht kleine Minderheit waren, gleichwohl deren gegen das westliche Bündnis gerichteten Linie folgte. Dies entspricht freilich vielfältigen Erfahrungen der Geschichte: Entschlossene, gut organisierte und mit den nötigen Ressourcen aus-

[12] Information über die Gespräche zwischen Genossen B.N. Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, und Genossen Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, am 25. und 26. 1. 1979, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY 30/2378, Bl. 45–68, hier Bl. 50 f.

[13] Vgl. Wettig, Sowjetunion, S. 226–230.

[14] Postanovlenie Sekretariata CK KPSS o meroprijatijach po aktivizacii vystuplenij obščestvennosti protiv rešenija NATO o proizvodstve i razmeščenii novych amerikanskich raket v Zapadnoj Evrope [Entschließung des Sekretariats des ZK der KPdSU zur Aktivierung der Öffentlichkeit gegen den Beschluss der NATO über die Produktion und Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa], in: Russisches Staatsarchiv für neueste Geschichte Moskau, f. 89, op. 39, d. 1, Bl. 1 f.

[15] Vgl. Udo Baron, Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen", Münster 2003, S. 37–134.

[16] Vgl. ebenda, S. 253–255, u. S. 257 f.; Michael Roik, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn 2006, S. 253–366; Heidemeyer, NATO-Doppelbeschluss, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg, S. 255 u. S. 260–262; Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München ²2001, S. 71–75; Udo Baron, Die Deutschlandpolitik der Grünen und das MfS, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D), 11 (1999), S. 47–77.

Jahrgang 60 (2012), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2012_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gestattete kleine Gruppen können sich durchsetzen, wenn die Mehrheit unerfahren und uneins ist. Nicht soziologische Analysen, sondern nur politische Untersuchungen der handelnden Personen und Gruppen und ihrer Interaktion führen zur Klärung der Rolle, welche die westdeutsche Friedensbewegung im Euroraketenkonflikt spielte. Nicht die von ihr geforderte einseitige Abrüstung, sondern die westliche Gegenrüstung führte zum angestrebten Ende des Kalten Krieges. Wie Gorbatschow intern immer wieder betont hat, überzeugte ihn die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik davon, dass die Sicherheitspolitik gegenüber dem Westen einer grundlegenden Änderung bedurfte.

Oldenbourg Verlag

Ein Wissenschaftsverlag der Oldenbourg Gruppe

Klaus Hildebrand

Der Flug des Ikarus

Studien zur deutschen Geschichte und internationalen Politik

2011 | 364 S. | Leinen | € 64,80
ISBN 978-3-486-70699-4

Herausgegeben von Joachim Scholtyseck und Christoph Studt

Der Band vereinigt zentrale Aufsätze des renommierten Bonner Historikers Klaus Hildebrand aus all jenen Themenbereichen, die man mit seinem Namen verbindet: Im Mittelpunkt stehen die Geschichte der deutschen Außenpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts und der internationalen Beziehungen dieses Zeitraums. Daneben gelangen Aufsätze über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Ära der Kanzlerschaften Erhard, Kiesinger und Brandt, zum Abdruck. Dass Klaus Hildebrand mit innenpolitisch-gesellschaftlichen Fragestellungen umzugehen versteht, zeigen beispielhaft Aufsätze über die Deutsche Reichsbahn, die Universitäten im »Dritten Reich« und die erste Große Koalition. Übergreifende Themen wie etwa Probleme der Globalisierung oder Auseinandersetzungen mit den Begriffen »Deutscher Sonderweg«, »Westen« und »Neutralität« runden die Vielseitigkeit der Festschrift ab und geben einen Eindruck vom Schaffen dieses Historikers, das von bleibender Bedeutung ist.

21 zentrale Aufsätze von Klaus Hildebrand

Klaus Hildebrand, geboren 1941 in Bielefeld, ist emeritierter Professor für Mittelalterliche und Neuere Geschichte an der Universität Bonn.

Bestellen Sie in Ihrer Fachbuchhandlung
oder direkt bei uns: Tel: 089/45051-248
Fax: 089/45051-333 | verkauf@oldenbourg.de

www.oldenbourg-verlag.de